



Demonstration 21.6.2025 - Solidarität mit Gaza

**Vania Alleva, Vizepräsidentin Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB),
Präsidentin Gewerkschaft Unia**

Der Gazastreifen ist kaum grösser als der Kanton Schaffhausen mit seinen 90'000 Einwohnern. Aber jetzt stell dir vor, es leben 2 Millionen Menschen in Schaffhausen. Und Tag für Tag werden Bomben auf sie abgeworfen. Das ist Gaza heute. Grauenhaft! Unerträglich! Inakzeptabel!

Wir können die Verbrechen der rechtsextremen Regierung von Netanjahu nicht akzeptieren:

- Die andauernden Massaker an palästinensischen Zivilisten.
- Die Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser.
- Der Einsatz des Hungers als Kriegswaffe.
- Zehntausende von unschuldigen Toten, darunter viele, viele Kinder.

Wir müssen die Verbrechen der Netanjahu-Regierung stoppen, die über Monate keine Lebensmittel, kein Wasser, keine Medikamente mehr ins Land lässt. Sie verstösst gegen alle Normen und Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

Wir sind hier, um ein Ende dieses Grauens zu fordern. Wir verlangen:

- Einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand, der von der internationalen Gemeinschaft überwacht wird.
- Die sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens.
- Die Freigabe aller lebenswichtigen humanitären Hilfsgüter. Unverzüglich!

Wir bringen auch unsere Unterstützung für die Tausenden von Israelis zum Ausdruck, die gegen die Verbrechen ihrer Regierung protestieren. Genauso wie wir den Palästinensern, die mutig gegen die Hamas im Gazastreifen protestieren, unsere Solidarität zusichern. Wir verurteilen den Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober und fordern die Freilassung aller Geiseln, die sich noch in deren Händen befinden. Dies gesagt halten wir fest: Nichts und niemand kann die schrecklichen Angriffe auf palästinensische Zivilisten, darunter viele Kinder, rechtfertigen. Nichts rechtfertigt die kollektive Bestrafung eines ganzen Volkes.

Kritik an den grausamen Kriegsverbrechen ist kein «Antisemitismus». Wir Gewerkschaften haben uns immer schon entschieden gegen jede Form von Diskriminierung und Antisemitismus eingesetzt und werden es auch weiterhin entschieden ohne Wenn und Aber tun.

Dem Bundesrat sagen wir: Die Passivität unserer Regierung ist nicht akzeptabel. Nicht in unserem Namen. Es ist Zeit für eine breite Bewegung, getragen von breiten Teilen der Gesellschaft, die Druck auf den Bundesrat ausübt mit einer klaren und unmissverständlichen Botschaft: Wach auf, kein Versteckspiel mehr, es ist Zeit, alles zu tun, um diese Gräueltaten zu stoppen. Auch deshalb ist die heutige Demonstration - mit dieser grossen Beteiligung - so wichtig. Sie kann nicht ignoriert werden.

Konkret fordern wir vom Bundesrat:

- Sichert die Finanzierung der humanitären Soforthilfe für den Gazastreifen - Humanitäre Hilfe jetzt!
- Die Kriegsverbrechen Israels klar verurteilen und alle Initiativen gegen die Zwangsumsiedlung und die illegale Vertreibung der Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland.
- Jede militärische Zusammenarbeit mit Israel und alle sicherheitsrelevanten Exporte sofort einstellen. Schweizer Unternehmen dürfen sich nicht an der Besatzung in den palästinensischen Gebieten beteiligen bzw. bereichern.
- Das Recht des palästinensischen Volkes auf kollektive Selbstbestimmung uneingeschränkt anerkennen und sich entschlossen für dessen Umsetzung einzusetzen.
- Sich für die Freilassung aller Geiseln und politischen Gefangenen einzusetzen

All dies ist dringend notwendig. Unsere Regierung muss Massnahmen ergreifen. Passivität ist keine Neutralität, Passivität ist keine Option. Nicht in unserem Namen.